

E-Mail-Newsletter

Nr. 211, 18. Dezember 2018

Liebe Mitglieder, Fördermitglieder und Interessierte,

gegen Ende des Jahres wird es im Bereich Flucht und Migration keineswegs ruhiger. Neue Gesetzesvorhaben - beispielsweise das Fachkräfteeinwanderungsgesetz - werfen ihre Schatten voraus, wobei das genannte Gesetz nach dem aktuellen Stand wohl eher nicht die Erwartungen erfüllen wird, die einige darin gesetzt hatten.

Immerhin gibt es einige grundsätzlich positive Neuigkeiten - diese betreffen die zivile Seenotrettung im Mittelmeer, den aktuellen Erlass zu Ermessensduldungen für Helfer*innenausbildungen und Einstiegsqualifizierungen und die Verlängerung des Abschiebestopps für Syrien.

Zum Abschluss des Jahres möchten wir uns bei allen bedanken, die sich in Baden-Württemberg in vielfältiger Weise in der Arbeit für und mit Geflüchteten engagieren. Es ist uns immer wieder eine Inspiration, wie intakt die ehrenamtlichen Strukturen auch nach mehreren Jahren der intensiven und oft kräfteaubenden Arbeit sind. Wir werden auch im kommenden Jahr für Sie da sein - genaueres können wir allerdings nicht dazu sagen, weil wir immer noch keine verbindliche Auskunft von der Landesregierung bezüglich unserer Förderung haben. Ein besonderer Dank geht an diejenigen, die uns als Mitglieder unterstützen. Da vielfach davon die Rede ist, dass die Bereitschaft, sich in der Arbeit mit Geflüchteten zu engagieren, rückläufig sei, sind wir besonders stolz darauf, dass wir dieses Jahr einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben - rund ein Viertel unserer aktuellen Mitglieder sind 2018 eingetreten! Das ist für uns eine große Ermutigung, auch im kommenden Jahr gemeinsam mit Ihnen die sicherlich großen Herausforderungen anzugehen.

Wir wünschen Ihnen schöne Feiertage und weiterhin viel Kraft für Ihr Engagement!

Der Vorstand und die Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats.

[Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf „Weiterlesen...“ klicken, gelangen Sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.](#)

1. FLÜCHTLINGSARBEIT

Informationen, Tipps und Arbeitshilfen zur praktischen Flüchtlingshilfe in BaWü und darüber hinaus.

Regierung ignoriert Pflicht zur Leistungserhöhung für Asylsuchende

Legal – illegal – GroKo: Trotz eindeutiger Gesetzeslage wurden die Regelsätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz seit 2016 nicht erhöht. PRO ASYL empfiehlt den Betroffenen, Ihre Ansprüche zu sichern: Durch Widersprüche und Überprüfungsanträge – noch in diesem Jahr. Haupt- und ehrenamtliche Flüchtlingsberater können dabei helfen.

- [Weitere Informationen auf der Website von PRO ASYL](#)

Vorweihnachtliche Abschiebung aus Schule und Kindergarten

Baden-Württemberg schiebt entgegen Aussagen der Landesregierung aus Bildungseinrichtungen ab

Am Montag, 10. Dezember wurde ein elfjähriger Junge aus der Johannes-Kepler-Gemeinschaftsschule in Mannheim von der Polizei abgeholt und zusammen mit seiner sechsjährigen Schwester, die aus dem Kindergarten geholt wurde, den Eltern und einem weiteren Kind nach Albanien abgeschoben. Der Mannheimer Morgen berichtet, dass der Junge unter Tränen von der Polizei abgeführt wurde und dass zwei Lehrer und eine Sozialarbeiterin zwei bis drei Tage damit beschäftigt waren, die Mitschüler*innen zu beruhigen.

[Weiterlesen ...](#)

Initiative für Bleiberecht gestartet

AK Asyl Kernen schreibt an Bundestagsabgeordnete

Der AK Asyl Kernen hat seine lokalen Bundestagsabgeordneten angeschrieben mit der Bitte, sich für ein Bleiberecht für gut integrierte Geduldete einzusetzen. Die Aktiven hoffen, dass viele andere Initiativen und lokale Gruppen auf ähnlicher Weise öffentlich ihre Stimme erheben werden, gerade angesichts der laufenden Erarbeitung eines "Fachkräfteeinwanderungsgesetzes", damit dieses auch eine echte Perspektive für berufstätige Geduldete eröffnet.

[Weiterlesen ...](#)

„Die Fluchtursachen bekämpfen – nicht die Flüchtlinge“

Offener Brief an Minister, Behörden und Abgeordnete

„Die Fluchtursachen bekämpfen – nicht die Flüchtlinge“ – dies setzt ein „Offener Brief“ den Intentionen von Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl entgegen, die „Schlagzahl“ bei der Abschiebung von gambischen Geflüchteten deutlich zu erhöhen. Der Offene Brief wurde jetzt im Gambia-Helfernetz veröffentlicht, einem E-Mail-Netzwerk von über 400 haupt- und ehrenamtlichen Unterstützern von gambischen Geflüchteten. Er wird jetzt von vielen Mitgliedern und Hilfsorganisationen im Netzwerk persönlich an Minister, Behörden und Abgeordnete in Baden-Württemberg versandt.

[Weiterlesen ...](#)

Rechte blasen zum Angriff auf Menschenrechte

Pro Asyl zum Tag der Menschenrechte und UN-Migrationspakt

PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt bezeichnet am heutigen Tag der Menschenrechte die Debatte um den UN-Migrationspakt als „künstlich hochgeheizt mit enormen Gefahrenpotential für den demokratischen Rechtsstaat. Rechte trommeln gegen den UN-Pakt, es geht ihnen um die

Einleitung einer Rolle rückwärts in die Zeit vor 1948 und der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Menschenrechte sollen ihrer Wirkung beraubt werden. Sie sind in Europa aber gültiges Recht. Der UN-Migrationspakt bekräftigt diese schon lange geltenden Rechte, sie müssen eingehalten werden“, so Burkhardt.

[Weiterlesen ...](#)

Gewalt-Vorwürfe gegen Securities in Karlsruhe

Betroffene und Zeug*innen wenden sich an Beratungsstelle "Pro Roma"

Die Beratungsstelle "Pro Roma" in Waldkirch berichtet von gewaltsamen Übergriffen von Security-Personal in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in der Felsstraße in Karlsruhe gegen Geflüchtete aus Mazedonien. Laut Betroffenen und Zeug*innen hatten sich die Securities über spielende Kinder auf den Fluren beschwert und hätten anwesende Personen anschließend geschlagen und zu Boden geworfen. Betroffene und Zeug*innen berichten ebenfalls, dass sie anschließend von den Securities angewiesen worden seien, niemand zu sagen, was passiert sei. Eine Zeugin hat im Interview mit Radio Dreieckland über den Vorfall gesprochen.

- [Pressemitteilung "Pro Roma"](#)
- [Interview mit Radio Dreieckland](#)

„IDENTITY - Kunst sucht Heimat“

Ausstellung im Schloss Untergröningen bis 27. Januar verlängert

Die Ausstellung "IDENTITY - Kunst sucht Heimat" des Kunstvereins KISS im Schloss Untergröningen in Abtsgmünd (Ostalbkreis) wird aufgrund der großen Nachfrage bis zum 27. Januar verlängert. Die große Ausstellung auf 1000 Quadratmetern mit Flüchtlingsboot, UNHCR-Flüchtlingszelt, Container, Gefängnis, Luftschutzraum, Trümmerstadt und Werken von Künstler*innen mit Fluchterfahrung macht Flucht für die Besucher*innen greifbarer.

[Weiterlesen ...](#)

Hotline und Schulungen zum Thema "Besonders Schutzbedürftige"

Angebot der Türkischen Gemeinde BW im Rahmen des Projekts "Welcome2BW"

Die [Türkische Gemeinde Baden-Württemberg](#) (tgbw) führt im Rahmen des Projekts "[Welcome2bw](#)" Schulungen zum Thema „Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf“ durch. Schwerpunkte dabei sind besondere Bedürfnisse auf Grund von unterschiedlicher sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität sowie von gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Behinderungen. Die Schulungen richten sich an hauptamtliche Unterstützer*innen von Geflüchteten und haupt- und ehrenamtliche Sprachmittler*innen. Es wurde eine Beratungshotline eingerichtet, an die sich haupt- und ehrenamtliche Helfer*innen von Geflüchteten wenden können, wenn sie Fragen

und Unterstützungsbedarf bezüglich der Themen Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität sowie bezüglich Behinderung und chronische gesundheitliche Einschränkung haben.“

Hotline: Tel.: +49 711 888999-13

Initiativen wehren sich gegen Stimmungsmache und Instrumentalisierung

Tübinger und Freiburger Gruppen veröffentlichen Stellungnahmen

Die Vergewaltigung einer jungen Frau in Freiburg durch mehrere Männer hat zwei Wochen nach der Tat bundesweite Aufmerksamkeit erlangt, nachdem bekannt geworden ist, dass mehrere der Tatverdächtigen Personen mit Fluchthintergrund sind. Daraufhin gab es am Montag in Freiburg eine Demonstration der AFD. Der Grüne Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, hat gefordert "dass Polizei und Kommunen die Befugnis erhalten sollen, „gewaltbereite Asylbewerber“ in staatliche Landeseinrichtungen einzuweisen." Sowohl in Freiburg als auch in Tübingen haben sich Initiativen mit Stellungnahmen zum Thema zu Wort gemeldet.

[Weiterlesen ...](#)

Nach viermonatiger Blockade durch Malta: Sea-Watch 3 rettet wieder

Gemeinsam mit der spanischen Organisation Open Arms und dem italienischen Partnerprojekt Mediterranea kehrt die Sea-Watch 3 in die Seegebiete vor Libyen zurück. Eine Flotte mit drei Schiffen aus drei Ländern, die zudem von einem Aufklärungsflugzeug unterstützt wird, sieht sich als zivilgesellschaftliche Antwort auf die Abschottungspolitik der Europäischen Union und wird im zentralen Mittelmeer eine gemeinsame Such- und Rettungsaktion durchführen und Menschenrechtsverletzungen dokumentieren. Das Italian Institute for International Political Studies teilt dazu mit, dass zwar die Ankünfte in den letzten Monaten zurückgegangen sind, allerdings ertrank jede fünfte Person beim Versuch, über das zentrale Mittelmeer zu fliehen. Laut Sea-Watch eine Zahl, "die unmittelbar auf die Behinderung ziviler Rettungskräfte und die Auslagerung europäischer Verantwortung an die sogenannte libysche Küstenwache zurückzuführen ist."

- [Sea-Watch startet nach fast viermonatiger Blockade in europäische Rettungsmission](#)

Benefiz-Jahreskalender und Gospel-CD des Afrikahilfe-Vereins OLILEANYA e.V.

Gabriele Ayivi (früher Tübingen/Oberndorf/Zimmern o.R.) leitet seit fünf Jahren ein Heim für hilfsbedürftige Kinder und Jugendliche in Südost-Nigeria. Die 71-jährige Ehrenamts-Preisträgerin des Landes Baden-Württemberg, die viele Jahre im Vorstand des Flüchtlingsrats aktiv war, setzt sich mit anhaltender Energie dafür ein, dass "ihre" Kinder eine Zukunftsperspektive im eigenen Land erhalten. Zur Unterstützung dieses Anliegens gibt es wieder einen [Jahreskalender](#) des Rottweiler Afrikahilfe-Vereins OLILEANYA e.V. - sowie eine ganz neue [Gospel-CD](#) aus dem Umfeld des Projektes in Nigeria. Kalender und CD kosten jeweils zwölf Euro und sind in der Musikbox Rottweil (Hauptstraße 47) erhältlich. Bestellungen sind auch telefonisch unter der 0741 -

4 22 67 oder per Email an info@musikbox-rottweil.de erhältlich.

In aller Kürze:

Jahreskonferenz 2018 der Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder

Die Integrations- und Ausländerbeauftragten der Länder verabschiedeten bei ihrer Jahreskonferenz 2018 in Erfurt eine "Resolution für ein umfassendes Einwanderungsgesetz" sowie die "Erfurter Erklärung" zur Achtung und Wahrung der Würde der Menschen.

- [Resolution](#)
- [Erfurter Erklärung](#)

2. FLÜCHTLINGSPOLITIK

Informationen zur Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü, BRD und EU

Am gesetzten Ziel vorbei

Verbände äußern Kritik am Entwurf zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Die Bundesregierung will mit einem neuen "Fachkräfteeinwanderungsgesetz" auch die Potentiale von geflüchteten Menschen stärker nutzbar machen. Dieses Ziel wird mit dem Referentenentwurf zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz verpasst: Statt der angekündigten und notwendigen Verbesserung enthält der Entwurf neben wenigen Verbesserungen erhebliche Verschlechterungen für die Integration schutzsuchender Menschen. Deshalb haben zahlreiche Verbände - unter anderem der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und andere Landesflüchtlingsräte - in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre Kritikpunkte am aktuellen Entwurf zusammengefasst.

- [Zur kompletten Stellungnahme](#)

"Lagebericht des Auswärtigen Amtes entzieht absurder Rechtsprechung die Grundlage"

Pro Asyl zum Syrien-Lagebericht des Auswärtigen Amtes

Anlässlich des neuen Lageberichts des Auswärtigen Amtes zur Situation in Syrien kritisiert PRO ASYL e.V. das BAMF und einen Teil der deutschen Verwaltungsgerichte. Diese vertreten oftmals den Standpunkt, das Vorgehen des Assad-Regimes habe nicht den Charakter einer gezielten politischen Verfolgungshandlung. Dementsprechend erhalten syrische Asylsuchende immer häufiger nur den subsidiären Schutz, die Flüchtlingseigenschaft wird jedoch nicht zuerkannt.

- [Pressemitteilung PRO ASYL e.V](#)

Ermessensduldungen für Helfer*innen-Ausbildungen und Einstiegsqualifizierungen

Neuer Erlass in Baden-Württemberg

Ab dem 14. November kann Geduldeten für die Dauer der Helfer*innenausbildung zu Kranken- oder Altenpflegehelfer*innen durch die Ausländerbehörden eine Ermessensduldung erteilt werden, um anschließend eine qualifizierte Berufsausbildung zu Kranken- und Altenpfleger*innen aufzunehmen. Für diese qualifizierte Ausbildung wird dann eine Ausbildungsduhlung erteilt. Voraussetzung dafür ist, dass die betreffende Person einen sich an die Helfer*innenausbildung anschließenden Vertrag über die Ausbildung als Kranken- oder Altenpfleger*in vorweisen kann. Die Ausschlussgründe entsprechen den Regelungen der regulären Ausbildungsduhlung. Allerdings ist bei Abbruch der Helfer*innenausbildung kein Ausbildungsplatzwechsel möglich, die Duldung würde in diesem Fall erlöschen.

Ermessensduldungen können des Weiteren auch Geduldeten erteilt werden, die an einer Einstiegsqualifizierung zur Berufsausbildungsvorbereitung bei einem zugelassenen Ausbildungsbetrieb teilnehmen. Bedingung für die Erteilung der Ermessensduldung ist auch hier der Nachweis über eine anschließende qualifizierte Ausbildung in Form eines abgeschlossenen Vertrages.

- Ministerium für Soziales und Integration, 17.11.2018: [Pressemitteilung](#)

Zur Debatte um den "Migrationspakt"

Was ist der "Global compact for safe, orderly und regular migration" - und was nicht?

Kürzlich wurde der "Global compact for safe, orderly and regular migration" (GCM), auch bekannt als "Migrationspakt", unterzeichnet. Aufgrund der vielen Falschheiten, die die aktuelle Debatte bestimmen, weisen wir hier auf zwei Texte hin, die sich damit befassen, was der GCM ist – und was nicht.

- [Constantin Hruschka und Tim Rohmann: "Wer hat Angst vor einem globalen Pakt \(für Migration\)?!"](#)
- [Dana Schmalz: "Taschenspielertricks mit der Idee demokratischer Selbstbestimmung: Der AfD-Antrag zur Ablehnung des UN-Migrationspakts"](#)

In aller Kürze:

Flüchtlinge mit Familie in Deutschland sind glücklicher

Flüchtlinge, deren minderjährige Kinder im Ausland leben bzw. deren Ehepartner nicht mit nach Deutschland geflohen ist, sind einer aktuellen Studie zufolge deutlich unzufriedener als andere Flüchtlinge in Deutschland. Das zeigt eine Studie, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gemeinsam mit der Hertie School of Governance erstellt hat.

- MIGAZIN, 18.10.2018, DIW Wochenbericht 42 2018, [Lebenszufriedenheit von Geflüchteten in Deutschland ist deutlich geringer, wenn ihre Kinder im Ausland leben](#)

BAMF überprüft Bescheide von abgelehnten Uiguren

Infolge der kürzlich vorgenommen Überarbeitung seiner sogenannten Herkunftsländer-Leitsätze über die Volksrepublik China, hat das BAMF angekündigt, die Bescheide von abgelehnten Uiguren, die sich noch in Deutschland befinden, nochmals zu überprüfen. Dies betrifft laut Bundesamt weniger als zehn Personen. Außerdem versucht die deutsche Botschaft in China seit Monaten vergeblich einen unrechtmäßig (sein Asylverfahren war noch nicht abgeschlossen) abgeschobenen Uiguren ausfindig zu machen.

- [Bericht im Bayerischen Rundfunk](#)

3. Aus der Rechtsprechung

VG Karlsruhe: Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 AufenthG für schwer kranken Rom aus Mazedonien

Die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts Karlsruhe (AZ: A 6 K 834/16) hat bei einem 61-jährigen Rom aus Mazedonien ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 AufenthG festgestellt. Ausschlaggebend war die extrem labile gesundheitliche Situation des Mannes, der unter anderem an Nierenversagen, Diabetes und Herzproblemen mit zahlreichen Folgeerscheinungen leidet. Er braucht dreimal pro Woche Dialyse und muss täglich eine große Anzahl von Medikamenten einnehmen. Seinen Alltag bewältigt er nur durch die Unterstützung seiner im gleichen Haus lebenden Angehörigen sowie eines Netzwerks an Unterstützer*innen. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass im Falle einer Rückkehr nach Mazedonien eine lebensbedrohliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes des Mannes zu befürchten sei, da weder er noch seine Tochter, sollte sie mit ihm zusammen zurückgehen, in der Lage wären, einen ausreichenden Lebensunterhalt zu verdienen, um die erforderlichen Zuzahlungen für die große Anzahl an lebensnotwendigen Medikamenten und Behandlungen zu bezahlen.

4. Neue Publikationen & Materialien

Leitfaden zur Passbeschaffung und den Mitwirkungspflichten

Der Druck auf Asylsuchende und Personen mit einer Duldung oder Schutzberechtigung, einen Reisepass oder sonstige Dokumente nicht nur vorzulegen, sondern auch zu beschaffen, nimmt stetig zu. Bei der Beratung und Unterstützung von Flüchtlingen muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob und inwieweit die/der Einzelne rechtlich verpflichtet ist, bei der Beschaffung von einem Reisepass oder Passersatzpapieren mitzuwirken.

Michael Röder (VNB - Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.) und Dr. Barbara Weiser (Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V.) haben den folgenden Leitfaden hierzu entwickelt:

- [Leitfaden Passbeschaffung und Mitwirkungspflichten](#)

Mindeststandards zum Schutz von traumatisierten Geflüchteten in Flüchtlingsunterkünften

Die "Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften" vom Bundesfamilienministerium und UNICEF hat mit Beteiligung der BAfF e.V. ergänzend zu den "Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen Flüchtlingsunterkünften" einen Annex

zur besonders vulnerablen Gruppe der Menschen mit Traumafolgestörungen veröffentlicht.
Nachzulesen unter Annex 3:

- [Mindeststandards](#)

Leitfäden zu Ansprüchen auf Jugendhilfeleistungen des SGB VIII

"Ein Großteil der geflüchteten Kinder und Jugendlichen, die in Begleitung ihrer Eltern nach Deutschland einreisen, erhält während der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften keine Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, obwohl sie einen umfänglichen Anspruch auf Jugendhilfeleistungen hätten. Minderjährige sind in den Unterkünften durch die extrem beengten Verhältnisse, fehlende kindergerechte Räume und Rückzugsmöglichkeiten und mangelhaften Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen und einem entwicklungsgefährdenden und destabilisierenden Umfeld ausgesetzt." Darauf weist der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit München hin, der nun mit Unterstützung des BumF e.V. einen bundesweiten Handlungsleitfaden entwickelt hat, der sich insbesondere auch an die in diesem Bereich tätigen Sozialarbeiter*innen richtet:

- [Handlungsleitfaden AKS](#)
- Ergänzend eine [Handreichung vom BumF e.V. und Unicef \(2017\)](#).

Auch für junge Volljährige (bis zum 21. Lebensjahr, im Einzelfall sogar bis zum 27. Lebensjahr) können Hilfen beantragt werden:

- [Arbeitshilfe vom BumF e.V.](#)

Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten

Der Deutsche Caritasverband hat eine neue Arbeitshilfe zum Thema "Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten" veröffentlicht. Autor der Arbeitshilfe ist Rechtsanwalt und Rechtsberater der Caritas Robert Stuhr.

- [Deutscher Caritasverband: Arbeitshilfe "Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten"](#)

AOK-Studie zum Gesundheitszustand von Syrern, Afghanen und Irakern in Deutschland

Der Wissenschaftliche Dienst der AOK hat zwischen 2017 und 2018 mehr als 2000 Menschen mit Fluchterfahrung aus Syrien, dem Irak und Afghanistan zu ihrem Gesundheitszustand befragt. Die Studie ergab, dass die große Mehrheit dieser Menschen durch persönliche Gewalterfahrungen (wie Kriegserlebnisse, direkte Angriffe durch Militärs und andere Bewaffnete, Verschleppung oder Ermordung von Angehörigen/Nahestehenden, Folter, Lager oder Isolationshaft, Misshandlung, Vergewaltigung oder Zeugesein von Gewalt) traumatisiert ist. Bislang wird nur ein Bruchteil der Traumatisierten betreut.

- [Pressemitteilung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK](#)
- [Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK](#)
- [Artikel des Tagesspiegels](#)



18.12.2018

Welcome2BW jetzt auch auf Serbisch

Infoportal jetzt in zehn Sprachversionen

Das Infoportal www.w2bw.de, das im Rahmen des Projekts "Welcome2BW", an dem der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg beteiligt ist, entstanden ist, ist nun auch in serbischer Sprache verfügbar, und zwar einmal in kyrillischer und einmal in lateinischer Schrift. Aufgrund der Ähnlichkeit der Sprachen kann diese Sprachversion auch von Personen verstanden werden, die beispielsweise Mazedonisch oder Bosnisch sprechen. Das Portal ist damit nun in insgesamt zehn verschiedenen Sprachen verfügbar. Weitere Sprachversionen sind in Arbeit. Das Projekt "Welcome2BW" wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.

- [W2BW auf Serbisch \(lateinisch\)](#)
- [W2BW auf Serbisch \(kyrillisch\)](#)

Netzwerk IQ veröffentlicht Online-Lexikon

Das "Netzwerk IQ" (Integration durch Qualifizierung) hat ein neues Online-Lexikon zu den Themen Migration und Arbeitsmarkt veröffentlicht. Es beinhaltet über 120 Artikel, die von einem interdisziplinären Team verfasst wurden und sich mit unterschiedlichen Begriffen auseinandersetzen. Ergänzende Literaturhinweise bieten die Möglichkeit für weitere Nachforschungen.

- Online-Lexikon: www.alex-iq.de

5. Veranstaltungshinweise

Jubiläumskonzert: 30 Jahre Flüchtlingsrat, 10 Jahre Kulturzentrum franz.K

Am 29. Dezember um 19 Uhr im Kulturzentrum franz.K, Unter den Linden 23, 72762 Reutlingen

Zum Abschluss des Jubiläumsjahrs, in dem der Flüchtlingsrat sein 30-jähriges Bestehen feiert, findet am 29. Dezember ein Jubiläumskonzert im Kulturzentrum franz.K. in Reutlingen statt. Gleichzeitig feiert das franz.K sein zehnjähriges Bestehen. Es spielen Mono & Nikitamann mit

Support von Samadhi. Karten kosten 20,70 Euro im Vorverkauf und 23 Euro an der Abendkasse, ermäßigt 18 Euro.

- [Weitere Informationen und Ticketbestellung auf der Website des franz.K](#)

Webinar: „Anfeindungen gegen Aktive in der Geflüchtetenhilfe“

Am Montag, 7. Januar, um 16 Uhr und Freitag, 11. Januar, um 18 Uhr

Immer wieder werden Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen, angefeindet und sogar bedroht. Dies geschieht anonym und versteckt (oft in den sozialen Medien), aber auch ganz offen und in der persönlichen Begegnung im Alltag, teils sogar im Freundes- und Familienkreis. Dabei sind sowohl Ehren- als auch Hauptamtliche betroffen.

Dieser Workshop will sich diesem Themenfeld auf verschiedene Art und Weise annähern und auch genügend Raum für Austausch und eventuelle Fragen lassen.

- [Weitere Informationen](#)

Denkwerkstatt "Gemeinsam leben - aber wie?"

Am Dienstag, 15. Januar, 17 Uhr im Hospitalhof, Büchsenstraße 33, 70174 Stuttgart

Für ein friedliches Zusammenleben brauchen wir Verständnis füreinander. Dazu möchte diese Veranstaltung beitragen. Dabei soll Komplexes an diesem Abend in einem erzählerischen Stil und in verständlicher Sprache vorgetragen werden.

Die Referentin, **Mehrnousch Zaeri**, war lange Zeit im Sprecher*innenrat des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg.

Es wird begleitend zur Veranstaltung auch einen Informationsstand des Flüchtlingsrats geben.

- [Flyer](#)

IN EIGENER SACHE:

Dokumentation der Tagung: „Sprachlos? Nicht mit uns!“ vom 10. November

Die Unterlagen der einzelnen Workshops sowie Video-Mitschnitte einiger Vorträge sind jetzt online verfügbar.

[Weiterlesen ...](#)

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67, Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

Autor*innen der Beiträge: Seán McGinley, Melanie Skiba, Sebastian Röder, Laura Gudd, Volker Löffler, Stella Hofmann, Vanessa Gembries, Ernst-Ulrich Henning

Redaktion: Seán McGinley, Lucia Braß

Der Newsletter erscheint im zweimonatigen Turnus.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter www.fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Der Newsletter wird im Rahmen des Projekts „Aktiv für Flüchtlinge“ gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Der Flüchtlingsrat BW wird außerdem unterstützt durch PRO ASYL, das Diakonische Werk Württemberg, die Evangelische Kirche Baden, die UNO-Flüchtlingshilfe, die Diözese Rottenburg-Stuttgart und die Deutsche Postcode Lotterie.